
KLIENTEL ALS EINZIGER KOMPASS

MERKELS SCHWARZ-GELBE BILANZ

KLIENTEL ALS EINZIGER KOMPASS

MERKELS SCHWARZ-GELBE BILANZ

INHALT

Vorwort: Klientel als einziger Kompass	6
1. Sabotage einer historischen Aufgabe: Merkels Energie- und Klimabilanz	8
▪ Energiewende abgewendet	8
▪ Klimaschutz eingestellt	9
2. Gespaltene Gesellschaft, öffentliche Armut: Ungerechtigkeit in Schwarz und Gelb	11
▪ Niedriglöhne für Millionen	11
▪ Schuldenkönigin mit Sparermaske	12
▪ Mövenpicking: schwarz-gelbe Steuerbegünstigung	14
▪ Kopfpauschale statt Solidarität	15
▪ Lebensleistung nicht erbracht – ab in die Rente!	16
▪ Das Casino bleibt geöffnet	16
▪ Wohnen mit Schwarz-Gelb: unbezahlbar	18
3. Frau im Kanzleramt reicht nicht. Schwarz-gelbe Modernisierungsbremse	19
▪ Gleichstellung am St. Nimmerleinstag	19
▪ Betreuungsgeld statt Vereinbarkeit	21
▪ Ignoranz regiert die schwarz-gelbe Bildungspolitik	22
▪ Verfassungswidrige Politik gegen Lesben und Schwule	23
▪ Verpasste und verpatzte Integrationspolitik	24
4. Kanzlerin der Export-Macht. Merkels Deutschland in der Welt	26
▪ Eurokrisenverschärferin	26
▪ Panzerverkäuferin	28
▪ Ein Ministerium zur Entwicklung des Ministers	29
▪ Flüchtlingspolitik der hohen Zäune	30

5. Kein Licht ins Dunkel, kein Herz für den Laubfrosch.	
Schwarz-gelbe Gleichgültigkeit bei Umwelt und Verbraucherschutz	32
▪ Der schwarz-gelbe Beitrag für die Umwelt: Fracking?	32
▪ Schlechte Masse statt grüner Klasse – schwarz-gelbe Politik für Agro-Industrie und Massentierhaltung	33
▪ Aktionspläne statt Taten – Die VerbraucherInnen bleiben im Dunkeln	35
▪ Bahnhöfe und Milliarden versenkt. Schwarz-gelbe Verkehrspolitik	36
 6. Bürger als lästige Störer. Demokratie unter Merkel	 38
▪ Mehr Schnüffelei hier, weniger Rechtsbeistand da: Bürgerrechte in Schwarz-Gelb	38
▪ Auf dem rechten Auge blind!	39
▪ Business as usual - Schwarz-Gelb und die Lobbyisten	40
▪ Schwarz-gelbe Netpolitik: Schmalspur statt Breitband	41

KLIENTEL ALS

EINZIGER KOMPASS

VIER JAHRE SCHWARZ-GELB: MERKELS BILANZ

Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen. Klimakatastrophe und Umweltzerstörung schreiten weiter voran, die Finanzkrise ist zur Krise Europas geworden, schwach regulierte Finanzmärkte bedrohen realwirtschaftliche Stabilität. Der private Reichtum Weniger wächst bei öffentlicher Rekordverschuldung. Die Arbeitslosigkeit ist zwar gesunken, allerdings arbeiten Millionen Menschen für Niedriglöhne und in befristeten und schlecht abgesicherten Jobs. Der Wirtschaft gehen die Fachkräfte aus. Vielen Kindern und Jugendlichen bleibt trotz ihrer Talente und Fähigkeiten die Chance auf gute Bildung und Arbeit verwehrt. Klarer Kompass und Mut zum Wandel sind gefragt.

Angela Merkel regiert als gäbe es diese Probleme nicht. Schwarz-Gelb ruht sich auf einer guten Konjunktur aus, die viel mit dem Verdienst von UnternehmerInnen wie ArbeitnehmerInnen und nicht zuletzt rot-grünen Reformen zu tun hat, aber wenig mit dieser Regierung. Während sich immer mehr Menschen für Erneuerbare Energien entscheiden, versuchen Merkel und Altmaier das zentrale Zukunftsprojekt Energiewende auszubremsen. Der ökologische Umbau der Industrie ist gestoppt, Arbeitsplätze sind in Gefahr. Natur- und Klimaschutz sind aufs Abstellgleis geschoben. Armut und Chancenlosigkeit werden tatenlos hingenommen, die Finanzbranche darf weiterzocken, der Niedriglohnsektor wird weiter ausgeweitet und aus Steuermitteln subventioniert. Die Interessen von Hoteliers, Banken und Rüstungskonzernen werden bedient, während Kommunen vor der Pleite stehen und die Infrastruktur im Land verfällt.

Angela Merkels Europakurs ist in seiner Einseitigkeit kurzfristig, borniert und riskant – für Europa wie für Deutschland. Die deutsche Export- und Finanzwirtschaft hat jahrelang gut vom zusammenwachsenden Europa profitiert. Die Unterstützung der südeuropäischen Krisenstaaten mit Hilfskrediten war und ist richtig – ein Zusammenbruch des Euros hätte dramatische Konsequenzen für die europäische Einigung. Doch die einseitige Kur aus Sozialstaatsabbau, Lohnsenkungen und Sparen, die Schwarz-Gelb den Krisenstaaten verordnet, hat diese in die Knie gezwungen. Das Resultat heißt verlängerte Rezession und Massenarbeitslosigkeit. Der daraus erwachsende europa-

weite Vertrauensverlust und das Ansteigen des Rechtspopulismus setzen die Zukunft der Europäischen Union insgesamt aufs Spiel.

Die schwarz-gelbe Regierung hat kein Konzept und vor allem keine Idee für eine gemeinsame Zukunft dieses Landes oder die Zukunft Europas. Ihr Handeln bleibt ohne Ziel, ohne Linie, ohne Plan. Es geht zu Lasten Vieler, die auf Unterstützung angewiesen sind, die den Zusammenhalt der Gesellschaft voran bringen wollen, die das Gemeinwesen stärken. Es geht zu Gunsten mächtiger und gut finanzierter Lobbys.

Angela Merkels entpolitisierende Imagepflege wird von PR-Spezialisten bewundert. Sie bietet den Menschen ein Politiktheater, bei dem Merkel und Mitglieder des Kabinetts laut über das reden, was die gesellschaftliche Mehrheit in Deutschland will, während im Hintergrund das Gegenteil geschieht. Angela Merkel steht für eine Politik gegen Klimaschutz, flächendeckenden Mindestlohn, Frauenquoten, Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare, konsequente Energiewende, Kampf gegen Steuerhinterziehung, harte Bankenregulierung oder solide Staatsfinanzen. Doch sie gibt wechselweise die Unbeteiligte und die Besorgte. Sie macht einen guten Eindruck und zugleich sinkt bei vielen Menschen die Hoffnung, dass Politik etwas ändern könnte. Je geringer die Erwartungen, umso leichter sind sie zu erfüllen.

Wir halten in dieser Bilanz Punkt für Punkt fest, wofür Schwarz-Gelb und Angela Merkel verantwortlich sind, was sie verhindert, simuliert und blockiert haben, was gegen sie durchgesetzt werden musste. Wir zeigen, wer von ihrer Politik bedient wurde und wer die Verlierer waren und sind. Und wir sagen, wie wir uns den sozialen und ökologischen Umbau dieser Gesellschaft – einen Grünen Wandel – vorstellen.

1. SABOTAGE EINER HISTORISCHEN AUFGABE: MERKELS ENERGIE- UND KLIMABILANZ

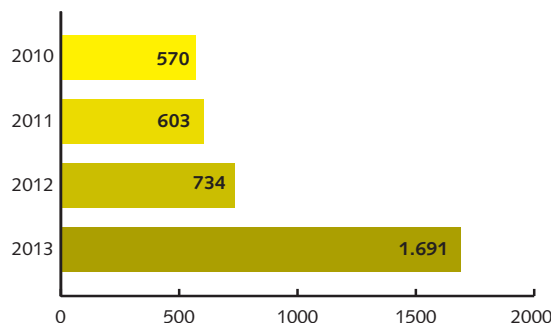
ENERGIEWENDE ABGEWENDET

» Es wird die Frage zu entscheiden sein, wie lange wir Atomkraft noch brauchen – und das wird gewiss über 2020 hinaus sein.«
Angela Merkel, FAZ, 25.2.2010

Als erstes hat Angela Merkel die Laufzeiten der Atomkraftwerke verlängert. Nur sechs Monate später, nach der Atomkatastrophe in Fukushima, musste sie unter dem Druck der deutschen Öffentlichkeit zum Atomausstieg zurückkehren. Nur zögernd hat Schwarz-Gelb überhaupt den Pfad der Energiewende betreten. Doch unter dieser Regierung ist die Energiewende ernsthaft in Gefahr. Schwarz-Gelb verschleppt und blockiert dieses zentrale Projekt. Die Planungssicherheit der Unternehmen ist dahin, seit die Merkel-Regierung ständig am Erneuerbare-Energien-Gesetz herumexperimentiert. 2012 ist die Zahl der Arbeitsplätze in der Erneuerbaren-Branche erstmals zurückgegangen. Schwarz-Gelb hat zudem die Industrieprivilegien bei EEG-Umlage und Netzentgelten drastisch ausgeweitet und die Energiewende so zur Subventionsmaschine für die Großindustrie gemacht. Die Zeche zahlen der Mittelstand und die Verbraucher. Bei der

Energieeffizienz war Merkel die größte Blockiererin in der EU. Noch immer gibt es keine Einsparverpflichtung für Energieversorger, von einem Markt für Energieeffizienz sind wir weit entfernt, von einer Effizienzstrategie ganz zu schweigen. Beim Netzausbau und der Anbindung von Offshore-Windparks hinken wir massiv hinterher. Von 1.800 Kilometern neuer Stromleitungen sind nicht einmal 20 Prozent errichtet und noch immer sind fertige Windparks auf dem Meer nicht ans Stromnetz angeschlossen.

Anzahl der Unternehmen, die von der vollen EEG-Umlage befreit werden.



Quelle: BAFA

WER WIRD BEDIENT?

- Großunternehmen profitieren von Subventionen bei EEG-Umlage und Netzentgelten.
- Kohlekraftwerksbetreiber freuen sich über politisch organisiertes verlangsamtes Wachstum bei Wind und Sonne.

WER MUSS BEZAHLEN?

- Privathaushalte und der Mittelstand zahlen drauf zugunsten der von der EEG-Umlage befreiten Industriekunden. Diese soziale Schieflage gefährdet die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende.
- Die Verschleppung der Energiewende kostet die nächsten Generationen Milliarden an weiteren Umweltschäden. Deutschland verspielt einen wirtschaftlichen Vorsprung.

SO GEHT DER GRÜNE WANDEL

Wir brauchen ein klares Bekenntnis zur Energiewende. 2020 soll etwa die Hälfte des Stroms erneuerbar erzeugt werden. Dazu wollen wir:

- Das Fördergesetz für Erneuerbare Energien von unnötigen Kosten befreien und die Lasten fair verteilen.
- Den Strommarkt auf die Erneuerbaren ausrichten.
- Energieeffizienz durch eine Einsparverpflichtung für Energieversorger voranbringen.
- Einen Energiesparfonds in Höhe von 3 Milliarden Euro auflegen, um einkommensschwache Haushalte, Kommunen und Unternehmen beim Energiesparen zu unterstützen.
- Eine Deutsche Netzgesellschaft gründen, um den Netzausbau voranzutreiben.

KLIMASCHUTZ EINGESTELLT

»Wir bekräftigen unser Ziel, die Treibhausgas-Emissionen bis 2020 um 40% gegenüber 1990 zu senken.«

Schwarz-gelber Koalitionsvertrag, S. 26

Merkels Klimabilanz: Die Treibhausgasemissionen in Deutschland steigen wieder, um 1,6 Prozent im vergangenen Jahr. Schwarz-Gelb ist nicht bereit, sich völkerrechtlich zum eigenen Klimaziel von 40 Prozent Emissionsminderung zu verpflichten. Der europäische Emissionshandel ist zusammengebrochen. Die Koalitionsparteien haben den Neustart im

Europäischen Parlament verhindert. Im Ergebnis verdrängen schmutzige Kohlekraftwerke die effizienteren Gaskraftwerke im fossilen Kraftwerkspark. Allein die Emissionen aus der Kohleverstromung sind im vergangenen Jahr um 4 Prozent gestiegen. Der Niedergang des Emissionshandels reißt außerdem ein riesiges Loch in den Energie- und Klimafonds, mit dem wichtige Projekte der Energiewende finanziert werden sollten. Allein in diesem Jahr fehlen 1,2 – 1,4 Milliarden für wichtige Förderprogramme, zum Beispiel den Energieeffizienzfonds und das Marktanreizprogramm für erneuerbare Wärme.

WER FREUT SICH ÜBER SCHWARZ-GELBE KLIMAPOLITIK?

- Die energieintensive Industrie bekam einen Nachlass bei der Stromsteuer.
- Für die Autoindustrie verhinderte Merkel in Brüssel strenge Vorgaben zu Verbrauch und Abgasen. Die Industrie hat keinen Anreiz umzusteuern.
- Kohlekraftwerksbetreibern nutzt die schwarz-gelbe Blockade beim Emissionshandel.

WER HAT VERLOREN?

- Wir alle kommen für die Schäden des Klimawandels auf.
- Wir alle bleiben abhängig von teuren Öl- und Gasimporten.
- Der Ausfall Deutschlands beim Klimaschutz schädigt die starke Position der deutschen Unternehmen auf dem Weltmarkt für Umweltschutzgüter. Erst kürzlich sahen sich einige große deutsche Unternehmen dazu genötigt in einem offenen Appell mehr Klimaschutz von der Bundesregierung einzufordern.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir wollen das erklärte nationale Klimaschutzziel von 40 Prozent Minderung der Emissionen bis 2020 erreichen. Dazu wollen wir:

- Ein Klimaschutzgesetz, in dem rechtsverbindlich mittel- und langfristige Emissionsminderungsziele mit nachprüfbaren Zwischenzielen verankert werden und das wirksame Sanktionen enthält, die bei Zielverfehlungen automatisch greifen.
- Ein umfassendes Klimaschutzprogramm, das die notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele enthält.

2. GESPALTENE GESELLSCHAFT, ÖFFENTLICHE ARMUT: UNGERECHTIGKEIT IN SCHWARZ UND GELB

NIEDRIGLÖHNE FÜR MILLIONEN

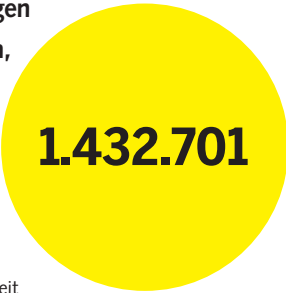
» Soziale Politik heißt für mich auch, für Lohnuntergrenzen einzutreten, ... nicht etwa für einen von Politikern festgelegten Einheits-Mindestlohn.«

Angela Merkel, Bild, 18.04.2013

Mehr als jedeR Fünfte arbeitet heute in Deutschland im Niedriglohnsektor. 6,8 Millionen Menschen arbeiten für weniger als 8,50 Euro Stundenlohn. 1,4 Millionen Erwerbstätige müssen ihren Lohn durch Arbeitslosengeld II aufstocken. Für mehr als drei Millionen Frauen sind Minijobs die einzige Erwerbsquelle – ohne eigenständige soziale Absicherung und bei hohem Risiko von Altersarmut. Immer mehr Menschen sind arm trotz Arbeit. Merkel hat die gute Konjunktur nicht

dazu genutzt, die Situation von Langzeitarbeitslosen, von prekär Beschäftigten und armen Familien zu verbessern. Nach vier Jahren Schwarz-Gelb gibt es weder einen flächendeckenden Mindestlohn in Deutschland noch Schutz vor Lohndumping. Die sogenannten Lohnuntergrenzen mit denen Merkel und von der Leyen versuchen, den Menschen Sand in die Augen zu streuen, ändern nichts daran, dass etwa eine Floristin im Osten weiter mit 5,39 Euro Tarif-Stundenlohn nach Hause geht. Maßnahmen für ALG II-EmpfängerInnen wurden drastisch gekürzt. Leiharbeit ist unter Schwarz-Gelb weiter angestiegen und wird zur Absenkung von Löhnen genutzt. Werkverträge werden ausgenutzt, um auf Kosten der Beschäftigten immer billiger zu produzieren.

Anzahl der erwerbstätigen ALG-II-EmpfängerInnen, deren Lohn aus Steuermitteln aufgestockt wird (2012):



1.432.701

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Anteil der Beschäftigten mit Niedriglohn (2010):



22,2%

Quelle: Eurostat

WER PROFITIERT:

- Diejenigen Wirtschaftsverbände, die noch immer laut gegen Mindestlöhne protestieren.
- Diejenigen Unternehmen, die Niedriglöhne für einen bodenlosen Unterbietungswettbewerb zu Lasten fair agierender Betriebe nutzen.

WER VERLIERT?

- Millionen Menschen, die von ihrer Hände Arbeit nicht leben können und wenig abgesichert sind, weil sie zu Niedriglöhnen arbeiten.
- Die große Zahl von Unternehmen, die faire Löhne zahlt und im Wettbewerb das Nachsehen hat gegenüber denen, die auf Lohndumping setzen.
- LeiharbeiterInnen und MinijobberInnen, die nur die Hälfte des Lohns von NormalarbeitnehmerInnen verdienen und ohne Aussicht auf reguläre Beschäftigung arbeiten.
- „Aufstocker“ sowie Langzeitarbeitslose, die beim Weg zurück ins Arbeitsleben nicht mehr unterstützt werden.
- SteuerzahlerInnen, die Niedriglöhne hunderttausendfach aufstocken müssen.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB:

Wir wollen die Arbeitswelt gerechter gestalten, die Rechte der Beschäftigten stärken und Zugang zum Arbeitsmarkt für alle schaffen. Dazu wollen wir:

- Einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro pro Stunde.
- Gleichen Lohn in der Leiharbeit (Equal Pay).
- MinijobberInnen besserstellen und in ihren Rechten stärken.
- Die gleiche Bezahlung gleicher Arbeit für Frauen und Männer durch ein Gesetz regeln.
- Einen sozialen Arbeitsmarkt für Menschen, die keine Chance auf einen regulären Job haben.

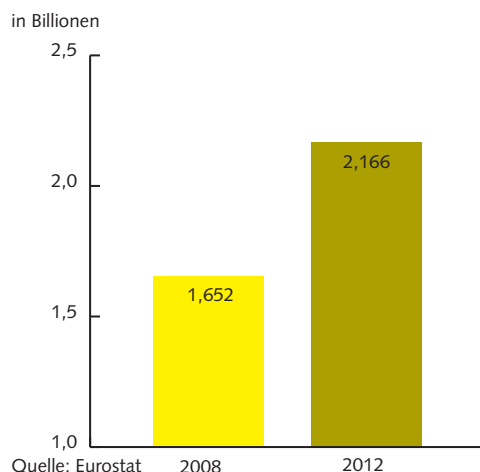
SCHULDENKÖNIGIN MIT SPARERMASKE

» Wohlstand auf Pump geht nicht mehr, das muss allen klar sein.«

Angela Merkel, Bild, 19.04.2013

Die öffentliche Hand ist hoch verschuldet. Nachrichten über „sprudelnde Steuerquellen“ und Slogans über einen „Staat, der genug Geld hat“ verschleiern, dass die öffentliche Hand ihren Aufgaben ohne Schuldenaufnahme nicht gerecht werden kann. Unter Kanzlerin Merkel stiegen die Schulden insgesamt um rund 500 Milliarden Euro auf mehr als 2 Billionen Euro. Die Schuldenquote der Bundesrepublik stieg von 68 Prozent auf 82 Prozent des Bruttoin-

Entwicklung der Staatsschulden unter Angela Merkel



landprodukts. Die Merkel-Koalition redet vom Sparen, hat aber keinerlei Ausgaben überprüft oder gar zurückgeführt. Sie lebt von konjunkturellen Steuermehreinnahmen, die ihr in den Schoß gefallen sind und historischen Niedrigzinsen, die nicht ewig so bleiben. Für das unsinnige Betreuungsgeld werden Milliarden ausgegeben. Steuerbegünstigungen an ihre Klientels kosteten über 35 Milliarden Euro. Und die Sozialversicherungen wurden geplündert, z.B. etwa 3,5 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds. Die Gemeinden sind hoch verschuldet, die schwarz-gelbe Antwort: Ihre Steuergesetze entzogen den Kommunen zwischen 2010 und 2013 ca. 5,2 Milliarden Euro. Eine schleichende Verarmungsstrategie der öffentlichen Hand treibt sie in die Verschuldung, begründet Sparzwänge und verödet die Orte, in denen wir alle leben.

WIR ALLE LEIDEN UNTER DER SCHULDENPOLITIK

- Die Zinsen sind mit 33 Milliarden Euro (2013) der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt – Geld, das nicht in Zukunftsinvestitionen wie Bildung fließen kann.
- Die nächste Generation erbt unsere Schulden.
- Wer sich wie Schwarz-Gelb allein auf Konjunktur und Niedrigzinsen verlässt, der wird schon bald bei Zukunftsinvestitionen oder im Sozialbereich kürzen müssen.
- Auf den deutschen Gemeinden lastet ein Schuldenberg von über 133 Milliarden Euro. Dazu kommt ein Investitionsstau, also aus Geldmangel verschleppte Instandsetzungen der kommunalen Infrastruktur, von 128 Milliarden Euro. An allen Ecken fehlt das Geld: Schlaglöcher und mangelhafter Nahverkehr, fehlende Kita-Plätze, undichte Turnhallen, geschlossene Theater, Jugendclubs und Schwimmhallen sind Alltag in vielen Gemeinden.

SO GEHT DER GRÜNE WANDEL

Notwendige staatliche Ausgaben müssen aus Einnahmen finanziert werden, nicht aus Schulden. Grüne Haushaltspolitik setzt auf einen Dreiklang: Unnötige Ausgaben kürzen, schädliche Subventionen abbauen, Steuern für hohe Einkommen und Vermögen maßvoll erhöhen. Wir wollen:

- Durch die Reduzierung der Schwarzarbeit, die Einführung eines Mindestlohns, den Verzicht auf teure und unsinnige Rüstungsprojekte und eine Straffung im Beschaffungswesen Milliarden einsparen.
- Ökologisch schädliche Subventionen wie die steuerliche Bevorzugung schwerer Dienstwagen oder des Flugverkehrs beenden.
- Mit unserer zweckgebundenen Vermögensabgabe auf sehr hohe Vermögen die Schulden aus der Finanzkrise abbauen.
- Die Kommunen finanziell stärken. Durch unsere Steuerpläne erhalten die Kommunen ca. 2 Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen zum Schuldenabbau und zur Finanzierung von Kindertagesstätten, Kultur- und Sozialeinrichtungen.

MÖVENPICKING: SCHWARZ-GELBE STEUERBEGÜNSTIGUNG

»Ich bin deshalb eine Gegnerin jeder Art von Vermögenssteuer.«

Angela Merkel, Bild, 18.04.2013

SCHWARZ-GELBE BESCHERUNG! WER HAT PROFITIERT?

- Als eine der ersten Maßnahmen hat die schwarz-gelbe Regierung Steuerbegünstigungen an ihre Klientel verteilt. Die Mehrwertsteuer für Hotels wurde gesenkt. Die Hotelsubvention kostet uns jetzt bereits rund 4 Milliarden Euro.
- Die Erbschaftsteuer wurde gesenkt. Die Regierung behielt auch das Steuerschlupfloch „Cash-GmbH“ in der Erbschaftsteuer bei, bis sie vom rot-grün dominierten Bundesrat gezwungen wurden, es letzte Woche endlich zu schließen. Profitiert haben vor allem reiche ErbInnen, die ihr Vermögen als Betriebsvermögen verkleiden konnten.
- Großen Konzernen wurde die Steuervermeidung über Zinszahlungen ins Ausland oder über Teilverlagerungen erleichtert.
- Merkels Koalition wollte noch mehr: die Abschaffung der Gewerbesteuer als wichtigste Einnahmequelle der Kommunen und die Steuersenkung für Hochverdienende über den Abbau der sogenannten kalten Progression. Das konnten wir im Bundesrat verhindern.
- Steuerhinterziehung bekämpfen Merkel und Schäuble nur vor den Kameras, nicht in der Realität. Auf europäischer Ebene blockierten sie wichtige Projekte wie die einheitliche Bemessungsgrundlage für die Unternehmenssteuern und länderbezogene Berichtspflichten für große Unternehmen. Während Merkel bei der G20 das Ende des Bankgeheimnisses versprach, ließ sie ihren Finanzminister ein Steuerabkommen mit der Schweiz aushandeln, das SteuerhinterzieherInnen dauerhaft Anonymität und Straffreiheit ermöglicht hätte. Auch dieses Vorhaben konnte aber vom mehrheitlich rot-grünen Bundesrat gestoppt werden. Nur dadurch gibt es jetzt Aussicht auf Fortschritt beim automatischen Informationsaustausch zwischen den Banken und Staaten Europas.

WER HAT DAS BEZAHLT?

- Alle normalen SteuerzahlerInnen, vor allem ArbeitnehmerInnen und kleine wie mittlere Unternehmen, die zu solchen Steuertricks keine Gelegenheit haben, verlieren. Denn sie zahlen die Steuern der Merkel-Klientel mit.
- Wir alle zahlen den Preis mit maroder öffentlicher Infrastruktur, geschlossenen Theatern, Schwimmbädern, schlechten Schulen und kaputten Straßen.

So viel haben schwarz-gelbe Steuergesetze gekostet

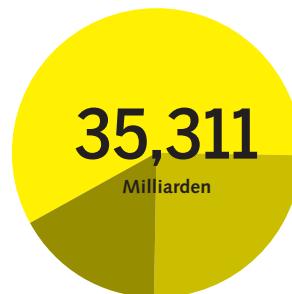
Wachstumsbeschleunigungsgesetz, Steuervereinfachungsgesetz, Spitzenausgleich, jeweils 2010-2013

Gesamt
35,311 Mrd.

● Bund
20,627 Mrd.

● Länder
8,837 Mrd.

● Kommunen
5,847 Mrd.



Quelle: Deutscher Bundestag, Drucksachen 17/15, 17/5125, 17/10744

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir wollen ein gerechteres Steuersystem und ein solide finanziertes Gemeinwesen. Wir haben ein durchgerechnetes Konzept, mit dem wir Schulden abbauen und in die Zukunft investieren – in Kinderbetreuung, Bildung, gerechtere Sozialleistungen, in Klimaschutz und Energiewende. Wir entlasten 90 Prozent der EinkommensteuerzahlerInnen. Für ein öffentliches Gemeinwesen in unserer aller Interesse sollen die oberen zehn Prozent dieser Gesellschaft einen maßvoll höheren Beitrag leisten. Wir wollen:

- Kleine und mittlere Einkommen deutlich entlasten, besonders Familien mit Kindern.
- Den Spitzensteuersatz auf 49 Prozent erhöhen.
- Eine Vermögensabgabe auf sehr hohe Vermögen zum Schuldenabbau.

KOPFPAUSCHALE STATT SOLIDARITÄT

Unter Schwarz-Gelb wurde die Zweiklassenmedizin weiter zementiert. Wer privat versichert ist, bekommt den Termin beim Facharzt doppelt so schnell wie gesetzlich Versicherte. Gleichzeitig steigen die Beiträge der Privaten, so dass viele, zum Beispiel kleine Selbständige mit geringem Einkommen kaum noch über die Runden kommen. Das Einkommen von ÄrztInnen und die Einnahmen der Krankenhäuser hängen weniger von der Qualität der Behandlung ab als von der Frage, wie jemand versichert ist. Gleichzeitig geht die Merkel-Regierung beharrlich den Weg zur Kopfpauschale, bei der Verkäuferin und Vorstandsvorsitzende gleich hohe Beiträge zahlen. Um das zu erreichen wurde der Beitragssatz eingefroren. Künftige Kostensteigerungen sollen nicht mehr paritätisch von ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen bezahlt werden, sondern allein von den Versicherten mit pauschalen Zusatzbeiträgen. Ähnlich agiert Schwarz-Gelb bei der Pflegeversicherung. Statt für eine nachhaltige und solidarische Finanzierung zu sorgen, sollen die Menschen immer mehr auf sich selbst angewiesen sein, was die Versorgung bei Pflege und im Alter angeht.

WER PROFITIERT VON DIESER POLITIK?

- Vom schleichenden Weg in die Kopfpauschale profitieren ArbeitgeberInnen und Gutverdienende.
- Von der Trennung in private und gesetzliche Krankenversicherung profitiert die private Versicherungswirtschaft. Während ChefärztInnen und Pharmaunternehmen weiterhin üppig von den Strukturen profitieren, tat Schwarz-Gelb nichts gegen den Pflegenotstand.

GRÜNER WANDEL GEGEN ZWEIKLASSENMEDIZIN

Wir wollen die Zweiklassenmedizin beenden, bei der Wartezeiten und Ausmaß der Behandlung nicht von der Erkrankung, sondern von der Art des Versicherungsschutzes abhängen. Dazu wollen wir:

- Eine Bürgerversicherung einführen; die Trennung von gesetzlicher und privater Kranken- und Pflegeversicherung überwinden.
- ArbeitgeberInnen und ArbeitnehmerInnen durch einen niedrigeren Beitragssatz entlasten.
- Die ärztliche Versorgung wieder flächendeckend und für alle gewährleisten.
- Gegen die Milliardenverschwendung im deutschen Gesundheitssystem kämpfen.

LEBENSLEISTUNG NICHT ERBRACHT – AB IN DIE RENTE!

Die Angst vor Altersarmut ist weit verbreitet, das Vertrauen in unser Rentensystem schwindet weiter. Schwarz-Gelb aber hat im Rentensystem nichts getan. Frau von der Leyen hat viel angekündigt, aber nichts umgesetzt. Dabei sollten nach ihrem letzten Entwurf ohnehin nur noch Versicherte, die „40 Jahre in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt und privat vorgesorgt“ haben, eine „Lebensleistungsrente“ beanspruchen können. Im Gespräch waren 850 Euro. Das war Union und FDP deutlich zu hoch. Sie wollen lieber eine Rente, die 10 Euro über der Grundversicherung liegt. 10 Euro für die „Lebensleistung“, echte Schwarz-Gelbe Politik für kleine Leute. Auch diese Großtat allerdings war zu viel verlangt: schwarz-gelb vertagte die Rente.

WER HAT WAS DAVON?

- Niemand. Karl-Josef Laumann, der Vorsitzende des Arbeitnehmerflügels der CDU, bringt es auf den Punkt: Die zurückliegenden schwarz-gelben Regierungsjahre seien »verlorene Jahre« für die Sozialpolitik gewesen.

GRÜNER WANDEL GEGEN ALTERSARMUT

Wir wollen Altersarmut tatsächlich bekämpfen. Dafür wollen wir:

- Eine Garantierente einführen, die Männer UND Frauen erreicht. Wer mindestens 30 Versicherungsjahre hat, erwirbt dadurch einen Anspruch auf eine Rente in Höhe von mindestens 850 Euro und zwar innerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung.
- In die Berechnung der Wartezeit gehen auch Zeiten der Arbeitslosigkeit und der Kindererziehung ein.

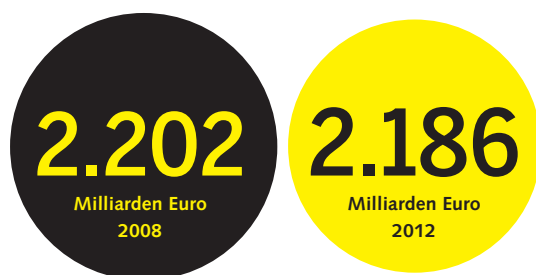
DAS CASINO BLEIBT GEÖFFNET

»Keine Bank darf so groß sein, dass sie wieder Staaten erpressen darf.«

Angela Merkel, spiegel.de, 24.09.2009

Bilanzsumme Deutsche Bank.

Vor der Krise und heute.



Quelle: Deutsche Bank

Das weltweite Finanzcasino ist zur Bedrohung für die volkswirtschaftliche Stabilität von Gesellschaften weltweit geworden. Die Finanzwirtschaft muss zurückgeführt werden auf ihre dienende Rolle für die Realwirtschaft. Das haben viele nach der Finanzkrise 2008 verstanden, Schwarz-Gelb nicht. Fünf Jahre nach der Krise haben Union und FDP in der Bankenregulierung viel Handeln simuliert, aber nichts geändert. Der zentrale Hebel für eine Eindämmung der Spekulation wäre eine effektive Schuldenbremse für Banken, denn noch immer haben die Banken zu wenig Eigenkapital, um mögliche Verluste auffangen zu können. Die konkrete Höhe des Eigenkapitals dürfen Banken aber weiterhin selbst be-

stimmen und damit Sicherheit vortäuschen. Doch Schwarz-Gelb ist der wichtigste Blockierer einer Schuldenbremse für Banken in Europa und pocht auf die Selbstregulierung einer Branche, die uns in eine tiefe Finanzkrise geführt hat. Noch immer gilt außerdem: Banken, die Milliarden versenken, werden auf Steuerzahlerkosten gerettet. Gewinne streichen AktionärInnen und GläubigerInnen ein. Während in den USA seit Ausbruch der Finanzkrise über 400 Banken ohne Kosten für den Staat abgewickelt wurden, muss in der EU noch immer SteuerzahlerInnen einspringen – siehe Zypern, Spanien oder Frankreich. Merkel blockiert in der EU einen Bankenabwicklungsfonds, der die Beteiligung der Investoren regeln würde. Zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer musste die rot-grüne Opposition Merkel zwingen und es besteht akute Verschleppungsgefahr. Eine europäische Bankenaufsicht, die den europäischen Kapitalmarkt effektiv überwacht und reguliert, wird von Schwarz-Gelb bei jeder Gelegenheit aufgeschoben. Ein Trennbankengesetz wurde so ausgestaltet, dass es niemandem weh tut.

WER PROFITIERT?

- Banken und ihre Aktionäre, die ihr riskantes Spiel fortsetzen, weil sie weiterhin die Gewinne einstreichen, ohne die Risiken zu tragen. Der Einfluss der Finanzlobby bei Schwarz-Gelb ist zu groß. Jede effektive Regulierung konnte verhindert werden.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Die SteuerzahlerInnen, die noch immer bei einer Bankpleite gerade stehen müssen, um volkswirtschaftliche Schäden abzuwenden.
- Die europäische Wirtschaft leidet weiter unter der anhaltenden Krise, weil kein Vertrauen in die Finanzmärkte einkehrt.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Um die seit der Finanzmarktkrise verlorene Stabilität in Europa zurückzugewinnen, um die Rezession zu überwinden und Staatsverschuldung auf Dauer zu senken, müssen wir die Ursachen der Krise, nicht nur ihre Symptome bekämpfen. Wir wollen:

- Eine Schuldenbremse für Banken, um den Freiraum der Banken bei der Berechnung ihrer Eigenkapitalanforderungen einzuschränken.
- Ein europäisches Abwicklungsregime und eine europäische Abwicklungsbehörde für insolvente Banken sowie einen Bankenfonds, mit dem die EigentümerInnen der Banken in Zukunft selbst für die Kosten bei Restrukturierung aufkommen.
- Eine europäische Aufsichtsbehörde, die große Banken effektiv kontrolliert.

WOHNEN MIT SCHWARZ-GELB: UNBEZAHLBAR

Explodierende Mieten, fehlende Wohnungen und soziale Spaltung in den Ballungsräumen: Bezahlbarer Wohnraum wird in immer mehr Städten zum Luxus. Merkels Regierung hat die Lage verschärft, indem sie das Wohngeld drastisch gekürzt, den Heizkostenzuschuss abgeschafft, die Städtebauförderung zusammen gestrichen, das Programm Soziale Stadt um 70 Prozent gekürzt und Mieterrechte abgebaut hat. Die Bundesmittel für das Programm Altersgerecht Umbauen hat die Merkel-Regierung gestrichen, trotz des anerkannt hohen Bedarfs.

Auch gegen den Anstieg der Nebenkosten, der sogenannten „zweiten Miete“, hat Merkel nichts unternommen. Für die Energiewende im Gebäudebereich gibt es weder eine Strategie noch nennenswerte Maßnahmen. Das KfW-Gebäudesanierungsprogramm wurde auf 1,5 Milliarden Euro gekürzt, der Emissionshandel als die Finanzierungsbasis für Energieeinsparmaßnahmen ist in der Krise, das Sondervermögen Energie- und Klimafonds ist chronisch unterfinanziert. Die steuerliche Förderung der Gebäudesanierung scheiterte, weil Schwarz-Gelb das Gesetz stümperhaft auf den Weg brachte und keinerlei Angebote an die Länder und Kommunen zur Kompensation von Einnahmeausfällen unterbreitete. So verhindert die Bundesregierung Planungs- und Investitionssicherheit.

WER PROFITIERT?

- Mit dem Mietrechtsänderungsgesetz wurden trotz der angespannten Lage zu allem Überfluss auch noch Ansprüche der Wohnungswirtschaft erfüllt, das Recht auf Mietminderung bei Sanierungen eingeschränkt sowie Räumungen erleichtert.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Menschen mit niedrigen und ungesicherten Einkommen: Die Zahl der Haushalte, die mehr als 40 Prozent ihres Einkommens für das Wohnen aufwenden müssen und in Transferleistungen gezwungen werden, steigt bedrohlich an.
- Frauen, die häufiger als Männer Kinder allein erziehen und im Schnitt geringere Löhne und Renten haben, sind in besonderem Maß betroffen.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL:

Wir wollen:

- Gegen Preistreiberei und Wohnraummangel vorgehen, indem wir Mietanstiege in laufenden Verträgen und bei Wiedervermietung begrenzen.
- Auch im Zuge von Modernisierungen die Mieterhöhung auf maximal 9 Prozent der Kosten pro Jahr senken und sie auf die energetische Sanierung sowie den altersgerechten Umbau beschränken.
- Eine bessere Finanzierung des sozialen Wohnungsbaus.
- Das Wohngeld stärken, um zu verhindern, dass Haushalte in Transferleistungen abrutschen.

3. FRAU IM KANZLERAMT REICHT NICHT. SCHWARZ-GELBE MODERNISIERUNGSBREMSE

GLEICHSTELLUNG AM ST. NIMMERLEINSTAG

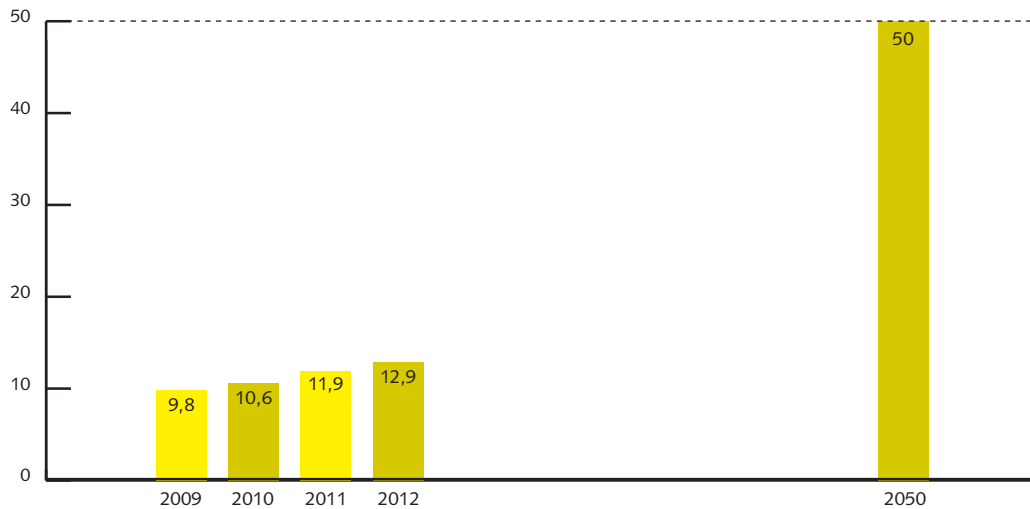
»Und da könnte man jetzt mal langsam dazu kommen, dass auch in Aufsichtsräten mehr Frauen sind.« Angela Merkel beim Spitzengespräch mit den vier führenden Wirtschaftsverbänden auf der Münchner Handwerksmesse. Die Unternehmen müssten freiwillig bis Ende des Jahrzehnts den Frauenanteil in den Aufsichtsgremien auf 30 bis 40 Prozent erhöhen. »Wenn uns das nicht gelingt, dass wir das auf dem freiwilligen Weg schaffen, dann wird die Gefahr oder die Möglichkeit, dass wir gesetzlich handeln müssen, steigen«
prophetezte Angela Merkel, merkur-online.de, 08.03.2013

So klingt Angela Merkel, wenn sie der Wirtschaft ihre Grenzen aufzeigt. Dem entsprechend ihre Erfolge in der Gleichstellungspolitik: Es gibt keine. Schwarz-Gelb hat einen einzigen Punkt in der Frauenpolitik: Die erste Frau im Kanzleramt. Die CDU-Kanzlerin ist der Ansicht, das genüge. Jede weitere Gleichstellungspolitik wurde blockiert. Diskussionen um Entgeltgleichheit oder Sexismus liefen ohne sie. Zur Frauenquote für Führungspositionen in der Wirtschaft inszenierte die CDU mit viel Getöse einen Streit. Als es im Bundestag zum Schwur kam, schlug sich Merkel auf die Seite der QuotenkritikerInnen und speiste die BefürworterInnen mit dem vagen Versprechen auf eine Quote im Wahlprogramm ab. Merkels Frauenministerin Schröder schrieb ein Buch gegen den Feminismus – CDU-Frauenpolitik, wie wir sie seit jeher kennen. Schwarz-Gelb verteidigt das Ehegattensplitting statt gezielt Kinder zu fördern. Statt besserer Vereinbarkeit von Familie und Beruf gab es das Betreuungsgeld. Der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern beträgt weiterhin 22 Prozent. Merkelsche Politiksimulation gab es beim Rückkehrrecht von Teil- auf Vollzeit und bei der Anhebung der Mütterrenten. Beides findet die Kanzlerin echt gut. Ohne es einzuführen.

Frauen in Aufsichtsräten der Top-200-Unternehmen (ohne Finanzsektor)

Bei gleichbleibendem Trend würden 50 % erst im Jahr 2050 erreicht.

in Prozent



Quelle: DIW

WARUM MACHT MERKEL NICHT MEHR DRUCK?

- Weil Wirtschaftsverbände gegen die Quote wettern, obwohl alle Selbstverpflichtungen klar versagt haben.

WEM SCHADET DIE MODERNISIERUNGSBLOCKADE?

- Für die Frauen waren es vier weitere verlorene Jahre. Und auch die Männer, die sich mehr Wahlfreiheit und Rollenspielräume wünschen, haben nichts gewonnen.
- Den Betrieben fehlen die gut ausgebildeten Frauen als Fachkräfte.

GRÜNER WANDEL FÜR GLEICHSTELLUNG

Wir wollen:

- Gleichen Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit durch ein Entgeltgleichheitsgesetz.
- Ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft.
- Eine gesetzliche Quote für Aufsichtsräte und Vorstände.
- Ausbau von Kinderbetreuung und Ganztagschulen.
- Ein Arbeitsmarktprogramm für den (Wieder-) Einstieg in existenzsichernde Erwerbsarbeit und ein Rückkehrrecht auf Vollzeit.

BETREUUNGSGELD STATT VEREINBARKEIT

»Die CSU würde ein Scheitern des Betreuungsgeldes nicht hinnehmen. Und die Stimmen der CSU sind in dieser Koalition notwendig«

Horst Seehofer, tagesschau.de, 17.06.2012

Seit Jahren wird der Mangel an Betreuungsangeboten für Kinder beklagt. Merkels Ministerin Schröder hat den Ausbau der Angebote für die unter dreijährigen (U3) Kinder über Jahre schleifen lassen. Im März 2012 fehlten noch rund 220.000 Plätze. Demnach gab es für 28 Prozent der U3-Kinder ein Angebot. 39 Prozent müssen es im Bundesdurchschnitt bis August 2013 werden. Das ist kaum mehr zu erreichen. Ungerührt nimmt der Bund das Chaos beim Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab August 2013 in Kauf. Statt mehr

Geld in den Ausbau der Betreuung zu stecken, verschwendet Merkel rund 1,2 Milliarden Euro für das Betreuungsgeld. Damit werden die familienpolitischen Impulse für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Bemühungen um Chancengleichheit und Aufstiegsmöglichkeiten für Kinder aus bildungsfernen Familien konterkariert.

Anzahl der Kita-Plätze,
die mit dem
Betreuungsgeld
jedes Jahr
eingerrichtet
werden könnten



33.332

Quelle: Eigene Berechnungen

WER WURDE BEDIENT?

- Das Betreuungsgeld war ein Geschenk an Horst Seehofer und die CDU/CSU-Klientel, die meint, damit junge Familien ruhig stellen zu können und ihre Vorstellung von Familie zum Maßstab für alle macht.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Familien mit geringem Einkommen. Das Thema Kinderarmut fand schon im schwarz-gelbem Koalitionsvertrag nicht statt, so tat sich auch in der Realität beim Kampf gegen Kinderarmut nichts. Das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket der Merkel-Regierung ist ein bürokratisches Monster; die Hürden für viele von Armut betroffene Kinder sind viel zu hoch.
- Das Betreuungsgeld setzt zudem den Anreiz, Kinder von frühkindlichen Bildungsangeboten fern zu halten.
- Alle Eltern, die politische Unterstützung erwartet haben für die schwierige Aufgabe, den Beruf und ein Leben mit Kindern zu verbinden, sind enttäuscht worden.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL

Familien brauchen eine gute Kinderbetreuung und ein flächendeckendes Ganztagschulangebot. Wir wollen:

- Die Investitionen in den Kita-Ausbau erhöhen und ein Sofortprogramm für Kommunen mit einem besonders hohen Bedarf an U3-Plätzen auflegen.
- Bundesweite Qualitätsstandards festlegen und für diese Qualitätsoffensive auf Bundesebene jährlich 1 Milliarde Euro zusätzlich bereitstellen.
- Das Ehegattensplitting reformieren. Statt der Ehe wollen wir Kinder in den Mittelpunkt der Förderung rücken. Wir wollen daher den Einstieg in eine Kindergrundsicherung, in der Kinderregelsätze, Kinderzuschlag sowie die steuerlichen Kinderfreibeträge aufgehen. Dafür werden wir die Mittel nutzen, die durch die Reform des Ehegattensplittings frei werden.
- Kinderarmut bekämpfen. In einem ersten Schritt werden wir unter anderem die ALG-II-Regelsätze für Kinder anheben, damit diese die tatsächlichen Bedürfnisse der Kinder abdecken.

IGNORANZ REGIERT DIE SCHWARZ-GELBE BILDUNGSPOLITIK

Bildung ist der Schlüssel für die Zukunft unserer Gesellschaft und Wirtschaft. Bildung entscheidet über Teilhabe oder Ausschluss – über sozialen Zusammenhalt und Wettbewerbsfähigkeit. Seit Jahren liegt Deutschland bei den Bildungsausgaben international im hinteren Mittelfeld. Schwarz-Gelb hat großspurig eine „Bildungsrepublik“ angekündigt. Aber sie haben keines der entscheidenden Probleme angepackt. Ohne mehr und bessere Ganztagschulen bleibt in Deutschland der Bildungserfolg unentrinnbar verknüpft mit der sozialen Herkunft und der finanziellen Lage der Familie. Gleichzeitig kündigt die Hälfte des Kabinetts Initiativen gegen den Fachkräftemangel an. Wir brauchen mehr BildungsaufsteigerInnen! Schwarz-Gelb verschanzt sich hinter Zuständigkeiten und ignoriert die Mitverantwortung des Bundes für diese zentrale Aufgabe.

Schwarz-Gelb hat eine Schmalspur-Verfassungsänderung vorgelegt: für Leuchttürme in der Wissenschaft. Das reicht nicht aus. An das Verbot der Kooperation zwischen Bund und Ländern bei Bildungsaufgaben will Merkel aus ideologischen Gründen nicht ran. Den dringend notwendigen Bildungsaufbruch schaffen wir aber nur mit einem gemeinsamen Kraftakt, einem zweiten Ganztagschulprogramm.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Alle Kinder, die mehr brauchen als frontalen Standardunterricht an einer baufälligen Halbtagschule.
- Alle Familien, die für ihre Kinder die Betreuungssicherheit und die Anregungen einer guten Ganztagschule wollen.

GRÜNER WANDEL GEGEN BILDUNGSARMUT:

Wir wollen:

- Das Kooperationsverbot in der Bildung aufheben und die Zusammenarbeit in der Wissenschaft in der Breite erleichtern, damit Bund und Länder ihre Verantwortung gemeinsam übernehmen können.
- Ein neues Ganztagschulprogramm auflegen und damit aus baufälligen Halbtagschulen begeisternde Lern- und Lebensorte machen.
- Den Hochschulpakt um jährlich 1 Milliarde Euro aufstocken, damit er gute Studienbedingungen schafft und nicht mehr ein Viertel der Studierenden das Studium abbricht.

VERFASSUNGSWIDRIGE POLITIK GEGEN LESBEN UND SCHWULE

»Es ist davon auszugehen, dass die behüteten Verhältnisse einer eingetragenen Lebenspartnerschaft das Aufwachsen von Kindern ebenso fördern können wie die einer Ehe.«

Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Sukzessivadoption vom 19.02.2013

»Die Union will keine Homo-Ehe, und daran hat sich nichts geändert. Die Ehe von Mann und Frau und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften betrachten wir nach wie vor unterschiedlich.«

Volker Kauder, Der Spiegel, 04.03.2013

Für gleichgeschlechtliche Paare hat die Merkel-Koalition nur dann etwas getan, wenn sie vom Verfassungsgericht ausdrücklich dazu gezwungen wurde. Alles Weitergehende wurde im Bundestag niedergestimmt. Sogar das eigene Jahressteuergesetz 2013 hat Schwarz-Gelb scheitern lassen, um die steuerrechtliche Gleichstellung von Lebenspartnerschaften zu verhindern, die der Vermittlungsausschuss gefordert hatte. Egal ob Kampf gegen Homophobie, verbriefter Schutz vor Diskriminierung wegen der sexuellen Identität im Grundgesetz, Antidiskriminierungsregeln im Europarecht, Rehabilitation der Menschen, die einst wegen homosexueller Handlungen verurteilt wurden: Schwarz-Gelb blockierte alles mit sonst unbekannter Konsequenz. Am 6.6.2013 entschied das Bundesverfassungsgericht erneut gegen Schwarz-Gelb: Das Ehegattensplitting muss auch für Lebenspartnerschaften gewährt werden.

Was wäre nötig zur Gleichstellung?	Was hat Schwarz-Gelb gemacht?
Gleichstellung lesbischer und schwuler Paare auch bei der Einkommenssteuer (stand sogar im schwarz-gelben Koalitionsvertrag).	Im Bundestag mehrfach abgelehnt.
Gemeinschaftliches Adoptionsrecht.	Abstimmung im Bundestag blockiert.
Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare. Fordert auch der Bundesrat.	Grüne Initiativen abgelehnt, Beratung des Gesetzentwurfs des Bundesrates verschleppt.
Ergänzung von Artikel 3 Grundgesetz um ein Verbot der Diskriminierung wegen der sexuellen Identität.	Im Bundestag abgelehnt.
Ausbau des Diskriminierungsschutzes in der EU für Lesben, Schwule und Transgender.	In Brüssel blockiert.

WER WURDE BEDIENT?

- Das Viertel der Gesellschaft, das Lesben und Schwule weiter ihre Rechte abspricht.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL

Wir wollen, dass alle Paare die Ehe eingehen können, die dies wollen. In vierzehn Ländern weltweit können gleichgeschlechtliche Paare bereits heiraten. Diesen Weg muss endlich auch Deutschland gehen. Wir wollen:

- Die Gleichstellung vollenden – etwa im Steuerrecht oder beim gleichberechtigten Adoptionsrecht. Gleiche Liebe verdient gleichen Respekt und die gleichen Rechte.
- Einen bundesweiten „Aktionsplan für Vielfalt“, der Homophobie und Transphobie entgegensteuert.
- Den Gleichheitsartikel des Grundgesetzes ergänzen: Niemand darf wegen der sexuellen Identität diskriminiert werden.

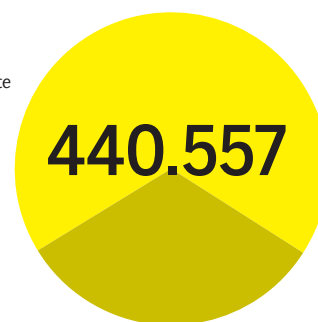
VERPASSTE UND VERPATZTE INTEGRATIONSPOLITIK

Integrationspolitisch hinterlässt Schwarz-Gelb ein Schlamassel: Den Integrationsgipfel hat man einschlafen lassen. Die Islamkonferenz hat der Innenminister an die Wand gefahren. Die Einbürgerungszahlen sind im Keller. Noch immer müssen bei uns aufgewachsene junge Menschen sich mit 23 Jahren zwischen der deutschen Staatsbürgerschaft und der ihrer Vorfahren entscheiden, jedenfalls wenn diese aus der Türkei kamen. Für Schweizer gilt das nicht. Diesen nicht zu rechtfertigenden Optionszwang für junge Menschen im Staatsbürgerschaftsrecht und die Hürden beim Ehegattennachzug verteidigt die schwarz-gelbe Regierung und insbesondere ihr CSU-Innenminister hartnäckig. Die Mittel für die Integrationskurse wurden gekürzt. Und für den Schutz der Opfer von Zwangsverheiratungen hat Schwarz-Gelb nichts unternommen. Vorschläge für ein transparentes, faires und diskriminierungsfreies Punktesystem zur Arbeitskräfteeinwanderung lehnte Schwarz-Gelb ab. Und sobald ein Wahltag naht, werden wieder Ressentiments gegen Einwanderung

mobilisiert. Konservative Integrationspolitik endet regelmäßig dort, wo es darum geht, EinwanderInnen Rechte zu geben. Dabei wäre das doch das effektivste Instrument gegen Rassismus im Alltag. Aber davon ist Schwarz-Gelb meilenweit entfernt. Und für die konservativen WählerInnen setzt Schwarz-Gelb auf Angstkampagnen gegen angebliche „Armutszuwanderung“ bzw. „Roma-Zuwanderung“.

Anzahl junger Deutscher, die sich bis 2033 zwischen zwei Staatsangehörigkeiten entscheiden müssen.

● 68% türkische als zweite Staatsangehörigkeit



Quelle: BAMF, BT-Drucksache 17/12321

WER WAREN DIE VERLIERER?

- MigrantInnen, die längst gern gesehene SteuerzahlerInnen sind und doch nicht gleichberechtigt.
- Von Rassismus bedrohte Menschen wurden weitgehend allein gelassen.
- Vor allem türkeistämmige Menschen bleiben rechtlich benachteiligt: 68 Prozent der Optionspflichtigen kommen aus dieser Gruppe. Türkeistämmigen werden zudem Rechte aus dem Assoziationsabkommen Türkei/EU vorenthalten.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB:

Für uns ist eine grüne Politik für Einwanderung und Teilhabe ein Schlüsselprojekt. Wir wollen:

- Eine Einbürgerungsoffensive starten: Im Zuge dessen wollen wir den Erwerb der Staatsbürgerschaft grundsätzlich erleichtern, Mehrstaatigkeit akzeptieren und den Optionszwang abschaffen.
- Das Aufenthaltsrecht von einem Ordnungs- und Abwehrrecht zu einem echten Zuwanderungsrecht umbauen, damit alle Menschen bei uns in Rechtssicherheit leben und ihre Grundrechte wahrnehmen können.
- Wir wollen von der Kita bis zur Universität, vom Verein bis zum Arbeitsplatz unterstützen, wenn Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen kommen, weil Vielfalt bereichert und erfolgreich macht.

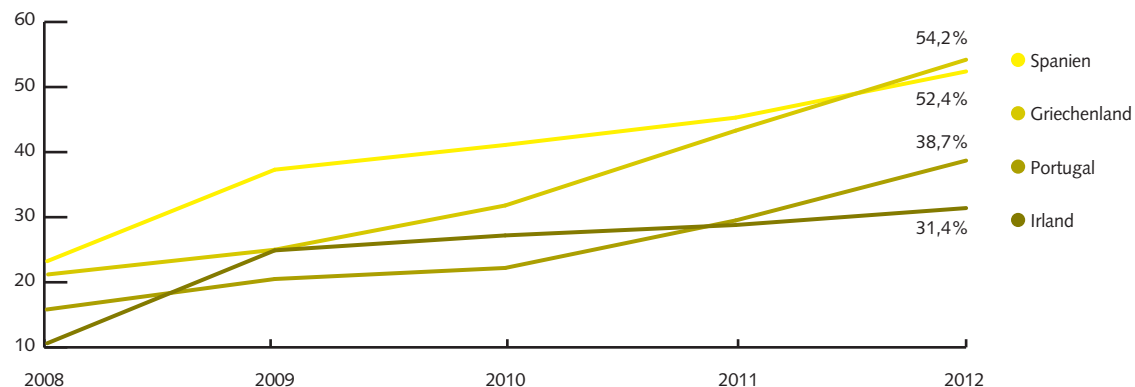
4. KANZLERIN DER EXPORT-MACHT. MERKELS DEUTSCHLAND IN DER WELT

EUROKRISENVERSCHÄRFERIN

Die Eurozone steckt in der längsten Rezession ihrer Geschichte. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat die Krise in der EU verschärft, die Mitgliedsstaaten auseinandergetrieben und die notwendige Unterstützung für die Krisenstaaten erheblich verteuert – auf Kosten der Steuerzahlenden. Die Kanzlerin hat gezögert, geschoben und nachjustiert statt die Ursachen der Krise rasch und entschlossen anzugehen. Wegen ihrer Tatenlosigkeit musste die Europäische Zentralbank einspringen. Das Ergebnis ist eine Vergemeinschaftung von Schulden durch die Hintertür, statt offen zu sagen, der Weg aus der Krise kostet Geld, Solidarität und Kraft. Die Eurokrise legt die Konstruktionsfehler der Währungsunion offen und Schwarz-Gelb tut nichts, diese nachhaltig zu beheben und die Integration voranzutreiben. Die geschaffenen Pakte und Mechanismen sind für die Bevölkerungen unverständlich und wirtschaftspolitisch höchst umstritten. Südeuropa ächzt unter dem deutschen Spardiktat und leidet wie Spanien und Griechenland an einer Jugendarbeitslosigkeit von über 50 Prozent. Dadurch sinkt das Vertrauen in die Europäische Union und das Ansehen Deutschlands.

Jugendarbeitslosigkeit unter 25 Jahren in Südeuropa

in Prozent



WER PROFITIERT?

- Merkels Europapolitik bedient vor allem Ressentiments. Das ist ihr wichtiger als eine langfristig ausgerichtete Europapolitik gegen die Ursachen der Krise. Sie hat nicht den Mut gefunden mit einer überzeugenden europäischen Antwort auf die Krise Führung zu beweisen und sich damit populistischen Forderungen nach dem Austritt einiger Euro-Staaten aus dem schwarz-gelben Lager entgegenzustellen.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Das zögerliche Vorgehen der Kanzlerin hat die Krise verschärft und die Kosten für alle in die Höhe getrieben, für „Retter“ wie „Gerettete“.
- Merkels Spardiktat war einseitig und hat die Krisenstaaten weiter in die Rezession getrieben.
- Mittel- und langfristig schadet Merkel auch der deutschen Exportwirtschaft, die wie keine andere vom europäischen Markt abhängt.
- Unter dem deutschen Spardiktat leiden die Menschen in Südeuropa. Gerade die junge Generation sieht mit der hohen Jugendarbeitslosigkeit keine Perspektive mehr in der Europäischen Union.

GRÜNER WANDEL FÜR EUROPA

Eine gemeinsame Währungszone funktioniert nicht ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Wir brauchen daher eine Vertiefung der gemeinsamen Fiskal-, Finanz- und Wirtschaftspolitik.

Wir wollen:

- Den strengen haushaltspolitischen Auflagen soziale Mindeststandards zur Seite stellen.
- Den Jugendlichen in Europa eine Chance geben.
- Einen europäischen Steuerpakt, der dafür sorgt, dass hohe Vermögen europaweit ihren Beitrag zur Lösung der Krise leisten.
- Einen Altschuldentilgungsfonds, wie ihn der Sachverständigenrat der Regierung vorgeschlagen hat.
- Eine europäische Bankenunion, damit Banken in Zukunft einer schlagkräftigen Aufsicht unterstehen und nicht mehr vom Steuerzahler gerettet werden müssen.
- Einen europäischen Konvent, sprich: eine verfassungsgebende Versammlung, die öffentlich Vorschläge zur Lösung der Krise erarbeitet.

PANZERVERKÄUFERIN

Die deutschen Rüstungsexporte sind unter Angela Merkel dramatisch in die Höhe geschossen. Auch unter Rot-Grün wurden leider viel zu viele Rüstungsgüter exportiert. Doch seit dem letzten Jahr Rot-Grün hat sich der Wert der Ausfuhren von rund 6 Mrd. Euro (2004) auf rund 11 Milliarden Euro (2011) fast verdoppelt. Besonders verheerend ist der Anstieg der Lieferungen in Krisenregionen. Unter Merkel sollen deutsche Waffen offensiv an Staaten außerhalb von NATO und EU geliefert werden. Sie will Hunderte deutscher Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge an Staaten wie Saudi-Arabien, Katar, Algerien und Indonesien liefern. Die Genehmigungen gehören zu einer langen Reihe von schwarz-gelben Exportentscheidungen, die mit den eigenen Rüstungsexportrichtlinien und dem Anspruch auf eine restriktive Rüstungsexportpolitik nichts mehr zu tun haben. Mit dem Hinweis

„besser Waffen als Soldaten“ hat Kanzlerin Merkel im September 2011 den Strategiewechsel öffentlich begründet. Damit verfolgt erstmals eine deutsche Bundesregierung eine offensive Rüstungsexportpolitik. Die konfliktverschärfende Wirkung von Waffenexporten wird billigend in Kauf genommen.

Rüstungsexporte unter Merkel



Quelle: Rüstungsexportbericht

WER WURDE BEDIENT?

- Die deutsche Rüstungsindustrie. Aufträge, Gewinne und Jobs in den deutschen Waffenschmieden zählen mehr als Konfliktprävention.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Verlierer sind diejenigen, die durch den Einsatz deutscher Waffen unterdrückt, verletzt oder getötet werden. Die enormen Summen, die Staaten für Rüstung ausgeben, fehlen vor Ort für Investitionen in zivilen Bereichen wie z.B. Bildung oder Gesundheit.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir stehen für eine restriktive und transparente Rüstungsexportpolitik. Wir haben aus den Fehlern der rot-grünen Regierungszeit gelernt. Dazu wollen wir:

- Die „Politischen Kriterien der Bundesregierung für den Rüstungsexport“ durch ein Rüstungsexportgesetz ablösen, das Rüstungsexporte nur nach klaren und strengen Kriterien erlaubt.
- Eine gerichtliche Verbandsklage gegen Rüstungsexportentscheidungen ermöglichen.
- Bedeutsame Rüstungsexportentscheidungen im Kabinett statt im geheim tagenden Bundessicherheitsrat treffen.
- Ein parlamentarisches Gremium einsetzen, das die Rüstungsexportpolitik kontrolliert und bei Entscheidungen über sensible Exporte ein aufschiebendes Veto einlegen kann.

EIN MINISTERIUM ZUR ENTWICKLUNG DES MINISTERS

»Wir streben weiterhin an, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe aufzuwenden.«

Angela Merkel, Generalversammlung der Vereinten Nationen, 21.09.2010

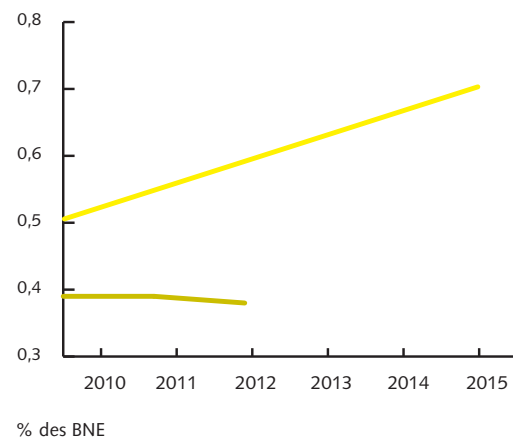
Merkels FDP-Minister Dirk Niebel wollte das Ministerium für Entwicklungszusammenarbeit einst abschaffen. Bis sie ihn zum Minister machte. Dann begann er einen beispiellosen Postenversorgungsfeldzug für FDP-KollegenInnen. Zugleich baute Niebel die deutsche Entwicklungszusammenarbeit zur Agentur für Exportförderung um. Weil deutsche Unternehmen nur von bilateralen Projekten etwas haben, zieht Niebel diese den multilateralen vor. Der neue „Menschenrechts-TÜV“ des BMZ ist eine Farce, denn immer dort, wo die Interessen der deutschen Wirtschaft berührt sind, schaut der TÜV-Prüfer nicht so genau hin – so bei den bilateralen Rohstoffpartnerschaften und Freihandelsabkommen. Deutschland hat ein Versprechen abgegeben, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens bis 2015 für die internationale Entwicklung zu investieren. Merkel selbst bekannte sich einst dazu, heute hat sie es faktisch gebrochen. Im letzten Jahr wurden die Mittel für die Entwick-

lungszusammenarbeit sogar gekürzt. Statt Armutsbekämpfung voranzutreiben, ist die Entwicklungspolitik von der Bundesregierung zur Erfüllungsgehilfin nationaler Interessen degradiert worden. Merkel und Niebel haben sich vom Prinzip der Partnerschaftlichkeit verabschiedet, die Entwicklungspolitik renationalisiert und zum Werkzeug für Wirtschafts- und außenpolitische Interessen gemacht.

ODA Quote: Versprechen und Wirklichkeit

● ODA-Stufenplan der EU für Deutschland.

● Reale ODA-Quote für Deutschland



Quelle: BMZ (ODA-Quote = Anteil der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit am Bruttonationaleinkommen)

WER HAT WAS DAVON?

- Gewonnen haben die FDP-Seilschaften. Das BMZ wurde zu einer Abteilung der FDP-Öffentlichkeitsarbeit umgebaut auf Kosten der Fachlichkeit.

WER HAT DAVON GAR NICHTS?

- Verlierer sind die Ärmsten der Armen und insbesondere die Frauen, da sie weltweit besonders von Armut betroffen sind.
- Viele Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit wurden in ihrer Arbeit eher behindert als befördert.

GRÜNER WANDEL FÜR MENSCHENRECHTE UND ENTWICKLUNG

Wir werden die deutsche Entwicklungspolitik neu ausrichten – Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung sind unser Kompass. Dazu wollen wir:

- Die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit, zivile Krisenprävention und humanitäre Hilfe bis 2017 auf 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens anheben.
- Im Jahr 2014 zusätzlich 1,2 Milliarden Euro für die Entwicklungszusammenarbeit und 500 Millionen Euro für den internationalen Klimaschutz bereitstellen.
- Für die Anpassung der Entwicklungsländer an den Klimawandel, für die globale Energie- und Agrarwende, den Aufbau sozialer Sicherungssysteme und die Friedensentwicklung deutlich mehr Mittel einsetzen.

FLÜCHTLINGSPOLITIK DER HOHEN ZÄUNE

Die Flüchtlingspolitik von Schwarz-Gelb ist schnell zusammengefasst: Abschotten, Ausgrenzen, Abschieben. Eine aktive Flüchtlingspolitik fand unter Angela Merkel nicht statt. Eifrig war diese Bundesregierung nur beim Errichten immer höherer Hürden, um Flüchtlinge fernzuhalten. Motto: Sie sollen gar nicht erst kommen. Und wenn sie doch an den Stränden Europas anlanden, dann sollen sie dort bleiben – in Griechenland oder Italien. Das gilt auch für Flüchtlinge aus Syrien. Wer es dennoch hierher schafft, trifft auf ein bürokratisches System der Diskriminierung: oft unter schlechten Bedingungen untergebracht, ohne Möglichkeit, sich frei zu bewegen oder zum eigenen Lebensunterhalt beizutragen (Arbeitsverbot). So werden Menschen schikaniert und Vorurteile verstärkt. Das Verfassungsgericht musste der Bundesregierung klarmachen: Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren. Das Existenzminimum ist für alle gleich. Die eingeschränkten Leistungen für Schutzsuchende sind verfassungswidrig. Anstatt das diskriminierende Asylbewerberleistungsgesetz zu beseitigen, will die Merkel-Regierung es nur neu fassen.

WER WURDE BEDIENT?

- Vorurteile. Mit Kampagnen gegen Roma-Zuwanderung aus Serbien sollte der rechte Rand bedient werden, ebenso mit Gerede über angeblich hohe Sozialleistungen für AsylbewerberInnen in Deutschland – gerade nachdem das Bundesverfassungsgericht diese für menschenunwürdig erklärt hatte.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Auf der Strecke blieb die Menschlichkeit. Flüchtlinge, z.B. aus Syrien, müssen versuchen, auf gefährlichen Wegen über das Meer Europa zu erreichen und laufen Gefahr, dort inhaftiert zu werden. Die schwarz-gelbe Politik ist auch ein Affront gegen zahlreiche BürgerInnen, viele davon in den Kirchen engagiert, die sich für Flüchtlinge einsetzen.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL

Wir wollen eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik. Wir setzen uns für eine großzügige Aufnahme von Menschen ein, die vor Krieg, Verfolgung, Vertreibung und Diskriminierung geflohen sind, und engagieren uns für einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau in ganz Europa. Wir wollen:

- Das Asylbewerberleistungsgesetz vollständig aufheben.
- Die Abschiebungshaft und das entwürdigende Flughafenverfahren, bei dem Asylsuchende bereits am Flughafen festgehalten werden, abschaffen.
- Langjährig hier lebenden, bisher nur geduldeten, Menschen über eine realitätstaugliche stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung eine sichere Zukunftsperspektive geben.

5. KEIN LICHT INS DUNKEL, KEIN HERZ FÜR DEN LAUBFROSCH. SCHWARZ-GELBE GLEICH- GÜLTIGKEIT BEI UMWELT UND VERBRAUCHERSCHUTZ.

DER SCHWARZ-GELBE BEITRAG FÜR DIE UMWELT: FRACKING?

»Ich bin dafür, dass wir diese Technologie nach allen Seiten hin ernsthaft ausleuchten. Im Wahlkampf kann man dieses Thema nicht vernünftig besprechen und entscheiden. Wir brauchen beim Fracking ein Moratorium bis zum Herbst.«

Horst Seehofer, Die Welt, 21.05.2013

Jeden Tag gehen in Deutschland 80 Hektar Fläche verloren, maximal 30 Hektar wären laut deutscher Nachhaltigkeitsstrategie tragbar. Die Schadstoffbelastung unserer Gewässer steigt, weniger als 20 Prozent unserer Gewässer sind in einem ökologisch guten Zustand. Die Hochwassergefahr ist längst nicht gebannt. Es fehlen nicht nur Dämme, sondern vor allem die Renaturierung von Flüssen und die Schaffung von Überflutungsgebieten in den Flussauen. Die hohe Lärmbelastung durch den Verkehr bleibt, Umweltkrankheiten durch Chemikalien, Luftschadstoffe oder durch Produkte werden konsequent geleugnet. Auf all diesen Gebieten sind Merkel und ihr Minister Altmaier untätig. Der dramatische Verlust

an biologischer Vielfalt ist eine der zentralen globalen Herausforderungen. International ist die Bundesregierung umfangreiche Verpflichtungen eingegangen, hält sie aber nicht ein. Gelder für den internationalen Biodiversitätsschutz werden mit Zusagen zum Klimaschutz und zur Entwicklungszusammenarbeit verrechnet. Wenn es um wichtige EU-Richtlinien geht, mauert die Merkel-Regierung bei der Umsetzung: EU-Wasserrahmenrichtlinie, Natura 2000, Bodenrichtlinie. Aktiver ist Schwarz-Gelb bei der Unterstützung der Kohle: Bei der Umsetzung der EU-Industrieemissionsrichtlinie bevorteilt die Bundesregierung die Kohlekraftwerke. Zu allem Überfluss versäumt Schwarz-Gelb es nun, der Gasförderung per Fracking einen Riegel vorzuschieben. Führende Koalitionspolitiker trommeln für die gefährliche Technik.

»Es wäre falsch, Fracking in Deutschland komplett zu verbieten.«

Volker Bouffier, Die Welt, 21.05.2013

WER PROFITIERT?

- Ambitionierte Umweltpolitik scheitert bei Schwarz-Gelb am starken Druck der Besitzstandswahrer aus den Verbänden. Merkels Ohr gehört ganz der konventionellen Energiewirtschaft, der konventionellen Landwirtschaft und der Industrie.

WER VERLIERT?

- Artensterben und kaputte Ökosysteme sind die direkte Folge dieser gleichgültigen Politik. So erodiert unsere Lebensgrundlage weiter.
- Die Kosten für unsere Gesundheitssysteme steigen, da auch immer mehr Umweltkrankheiten einer Behandlung bedürfen. So fallen in Deutschland bis zu sechs Milliarden Euro zusätzliche Gesundheitskosten pro Jahr allein durch die Emissionen aus Kohlekraftwerken an.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen wollen wir schützen. Dazu wollen wir:

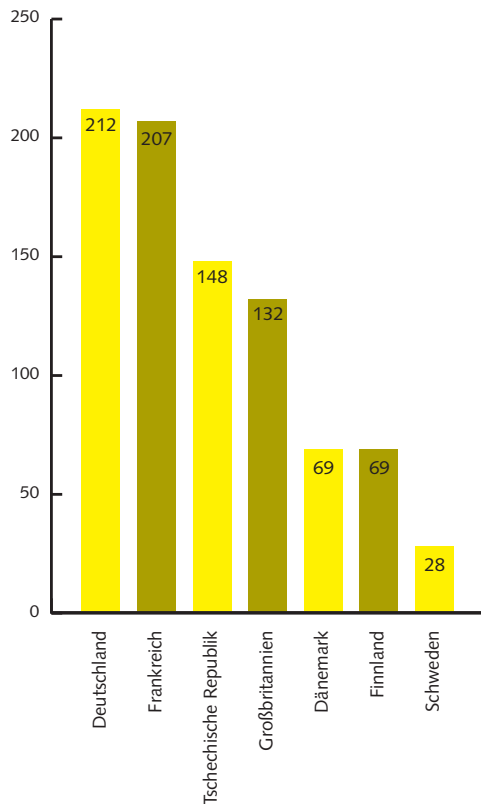
- Grenzwerte, die den aktuellen Stand der Technik widerspiegeln.
- Eine Gesetzgebung, die Fracking untersagt.
- Biodiversität als Querschnittsthema verankern.
- Umweltschädliche Subventionen abschaffen.
- Den Hochwasserschutz ausbauen.
- Die EU_Wasserrahmenrichtlinie, Meeres- und Waldschutz konsequent umsetzen.

SCHLECHTE MASSE STATT GRÜNER KLASSE – SCHWARZ-GELBE POLITIK FÜR AGRO-INDUSTRIE UND MASSENTIERHALTUNG

Billigschnitzel für den Weltmarkt statt Qualitätsprodukte für heimische Märkte – das ist die Devise der schwarz-gelben Agrarpolitik. Die intensivierte Tierhaltung wird weiter gefördert – trotz Welthunger, Tierleid, Antibiotikamissbrauch und Umweltbelastung. Dringend notwendige Gesetzesänderungen für eine bessere Tierhaltung sitzt die schwarz-gelbe Koalition einfach aus. Eine ökologische Reform der EU-Agrarpolitik und eine gerechtere Verteilung der Agrarbeihilfen wollte sie verhindern. Nach dem Scheitern ihrer Totalblockade setzt sie nun darauf, die Reform zu verwässern. In den Verhandlungen zum EU-Finanzrahmen hat Merkel zugestimmt, dass die EU-Förderung von Ökolandbau, Agrarumweltmaßnahmen und ländlicher Entwicklung, die „zweite Säule“ der Agrarförderung, – stark gekürzt wird. Bei der Agrogentechnik spielt die Bundesregierung ein doppeltes Spiel. Während Ministerin Aigner in Bayern und Deutschland die Skeptikerin mimt, stimmt die Bundesregierung in Brüssel 19 Importzulassungen für gentechnisch veränderte Organismen zu.

Höhe des Antibiotikaverbrauchs pro Tonne erzeugtem Fleisch

Gramm pro 1 Tonne



Quelle: DIMDI (2011), ESVAC (2009)

WEM NÜTZT ES?

- Die schwarz-gelbe Agrarpolitik wird vom und für den Deutschen Bauernverband gemacht. Profiteure sind die Agrar- und Lebensmittelindustrie.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- VerbraucherInnen, deren Wunsch nach regional, ökologisch und tiergerecht erzeugten Produkten nicht bedient wird.
- Die bäuerliche Landwirtschaft, deren gesellschaftliche Leistung nicht honoriert wird.
- Tiere, Klima, Umwelt, Biodiversität – weil ihr Schutz keine Rolle spielt.
- Die ländlichen Räume – weil die Billigerzeugung Arbeitsplätze und Lebensqualität zerstört.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir stehen für eine Agrarpolitik, die Lebensmittelsicherheit, Nachhaltigkeit, Tierschutz und lebenswerte ländliche Räume nach vorne stellt. Statt Massentierhaltung wollen wir eine artgerechte Tierhaltung, die stärker an die Erzeugung heimischer Futtermittel gebunden ist. Dazu wollen wir:

- Änderungen im Tierschutzgesetz, im Arzneimittelgesetz und im Baugesetz.
- Bei der nationalen Umsetzung der Europäischen Agrarreform alle Spielräume nutzen, um die Gelder ökologischer und gerechter zu verteilen.
- Den ökologischen Landbau fördern, u.a. durch den Ausbau der Forschungsförderung und die verlässliche Honorierung seiner gesellschaftlichen Leistungen.
- Die gentechnikfreie Produktion wirksam vor Verunreinigungen schützen.

AKTIONSPÄNE STATT TATEN – DIE VERBRAUCHERINNEN BLEIBEN IM DUNKLEN

Die Merkel-Regierung hat die Verbraucherpolitik aufs Abstellgleis manövriert. Angesichts von Finanzkrise und Lebensmittelskandalen wäre ein entschlossenes Handeln für mehr Verbraucherschutz dringend notwendig – stattdessen erlebten die VerbraucherInnen eine Flut von wirkungslosen Aktionsplänen. An den entscheidenden Stellen waren Verbraucherministerin Aigner die Lobbyinteressen der Wirtschaft wichtiger als die Interessen der VerbraucherInnen. Eine leicht verständliche Lebensmittelkennzeichnung (Nährwertampel) und eine Herkunftskennzeichnung für Lebensmittel hat Merkel auf EU-Ebene bekämpft. Immer noch fehlen effektive Melde- und Informationspflichten bei Verbrauchertäuschung.

Die von Verbraucherministerin Aigner ausgerufene Qualitätsoffensive Verbraucherfinanzen ist gescheitert, von mehr Transparenz auf dem Finanzmarkt keine Spur. Für eine unabhängige Finanzberatung, die nicht am verkauften Finanzprodukt mitverdient, hat Merkel nichts getan. Die angekündigten verdeckten Testkäufer zur Überprüfung der BankberaterInnen blieben aus. Weder wurde die Abzocke durch zu hohe Dispozinsen beendet noch das Recht auf ein Girokonto eingeführt.

WER PROFITIERT?

- Die Ernährungswirtschaft darf weiterhin hohen Zucker-, Fett- oder Salzgehalt, Herkunft und Produktionsweise verschleiern.
- Negative Kontrollergebnisse zur Hygiene in Gaststätten oder Läden muss diese nicht berichten. Profitiert haben Banken und Finanzdienstleister, die den Markt durch Provisionen lenken können und keine Transparenz oder wirkungsvolle Kontrolle fürchten müssen.

WER VERLIERT?

- Die VerbraucherInnen, die weiterhin auf mehr Transparenz und Schutz vor Ekelfleisch oder Abzocke warten.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Verbraucherinteressen müssen in der Politik Vorrang haben vor angeblichen Brancheninteressen, die Wettbewerbsvorteile dank mieser Trickereien decken sollen. Dazu wollen wir:

- Die Lebensmittelüberwachung verbessern und die Verbraucherinformationspflichten stärken.
- Tierhaltungsbedingungen und Herkunft von Lebensmitteln müssen erkennbar sein, eine Nährwertampel schnelle Orientierung bringen.
- Für Transparenz über den Hygienestatus von Gaststätten brauchen wir ein Hygienebarometer oder Smiley.
- Die Kennzeichnungslücke für Lebensmittel, für deren Erzeugung Genfutter genutzt wurde, schließen.
- Im Finanzmarkt mehr Transparenz schaffen durch eine provisionsunabhängige Beratung, eine einheitliche und schlagkräftige Finanzaufsicht mit Verbraucherschutz als Kernaufgabe, und verlässliche Gütesiegel für nachhaltige Finanzprodukte.
- Endlich überzogene Dispozinsen begrenzen.

BAHNHÖFE UND MILLIARDEN VERSENKT. SCHWARZ-GELBE VERKEHRSPOLITIK

»Bei völlig rechtmäßig getroffenen Entscheidungen braucht man keine Bürgerbefragung in Stuttgart. Vielmehr wird genau die Landtagswahl im nächsten Jahr die Befragung der Bürger über die Zukunft Baden-Württembergs, über Stuttgart 21 und viele andere Projekte sein.«

Angela Merkel, Deutscher Bundestag,
15.09.2010

Die Bilanz der Merkel-Regierung in der Verkehrspolitik ist mehr als dürrftig. Merkels Minister Ramsauer hat die wichtigen Reformvorhaben liegen lassen und stattdessen Symbolpolitik – meist für Bayern oder unsinnige Projekte wie S21 – betrieben. Für bröckelnde Brücken oder gar für die Energiewende im Verkehr hat er sich hingegen weniger ins Zeug gelegt. Die Investitionen in die Infrastruktur gingen trotz Strohfeuerprogrammen zurück. Die Bahn hat mehr als 2 Milliarden Euro Zwangsdividende an Schäuble überweisen müssen, von denen gerade einmal 25 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in die Schiene

investiert wurden. Merkel erklärte die Landtagswahl in Baden-Württemberg zur Volksabstimmung über Stuttgart 21 und stoppte das Projekt auch nach der erneuten Kostenexplosion auf derzeit 6,8 Milliarden Euro nicht. Beim Pannenflughafen BER ist der Bund Anteilseigner und mitverantwortet daher die bislang vier Eröffnungsabsagen, die Kostenexplosion und die Änderung der Flugrouten, die die AnwohnerInnen auf die Barrikaden treiben, nicht nur in Berlin, sondern auch in Frankfurt. Von Anfang an wurden die Lobbyinteressen der Autoindustrie und der Deutschen Bahn AG bedient. Die Bundesregierung vertritt in Brüssel eins zu eins die Interessen des Verbands der Automobilindustrie (VDA), die die Privilegien der Spritschlucker erhalten wollen. Für die Deutsche Bahn AG kämpft die Bundesregierung in Brüssel gegen eine Trennung von Infrastruktur und Transport, weil die DB die Infrastruktur weiter melken will. 2012 hat allein das Schienennetz 900 Millionen Euro Gewinn an die DB Holding überwiesen, die damit z.B. Busbetreiber in Osteuropa kauft, statt in marode Bahnhöfe zu investieren.

WER PROFITIERT?

- Die Automobilindustrie und die Deutsche Bahn AG, die ihren kurzen Draht ins Kanzleramt nutzen konnten. Die Bahn versucht dann schon mal ein missliebiges Regulierungsgesetz von der Tagesordnung nehmen zu lassen und der VDA setzt durch, dass auch große und schwere Elektroautos begünstigt werden sollen. Der LKW-Lobby wurde gleich im Koalitionsvertrag versprochen, dass die LKW-Maut nicht erhöht wird („Mautmoratorium“) und zusätzlich wurde ein Modellversuch mit Gigalinern („Monstertrucks“) gestartet.

WAS HABEN WIR JETZT DAVON?

- Die Energiewende im Verkehr ist noch nicht einmal eingeleitet worden. Es gibt keine CO₂-Min-
derungsziele für den Verkehrsbereich.
- Kostensteigerungen in Milliardenhöhe bei Stuttgart 21 und dem Flughafen BER werden unkri-
tisch durchgewunken, während die Zuschüsse des Bundes für den öffentlicher Personennahver-
kehr sinken und bis 2019 ganz auslaufen sollen.
- Menschen, die nahe Flughäfen, Bahnstrecken oder großen Straßen leben, werden immer stärker
belastet, weil Wirtschaftsinteressen über den Lärmschutz gehen.
- Schlaglöcher allerorten, weil viel zu wenig Geld in den Erhalt von Straßen fließt.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir wollen die Energiewende endlich auch im Verkehr auf den Weg bringen. Dazu setzen wir:

- Prioritäten zugunsten des öffentlichen Verkehrs, des Radfahrens und des Zufußgehens sowie
eine intelligente Vernetzung mit dem Individualverkehr.
- Auf einen umfassenden Bundesmobilitätsplan mit Bürgerbeteiligung anstelle des Bundesver-
kehrswegeplans.
- Auf mehr Lärmschutz für alle.

6. BÜRGER ALS STÖRER.

DEMOKRATIE UNTER MERKEL.

MEHR SCHNÜFFELEI HIER, WENIGER RECHTSBEISTAND DA: BÜRGERRECHTE IN SCHWARZ-GELB

» Wir brauchen jetzt innerhalb kürzester Zeit einen Gesetzentwurf mit anlassloser Speicherung. [...] Uns fehlt die Möglichkeit, auch nach Wochen noch IP-Adressen ausfindig zu machen.«

Hans-Peter Friedrich, Rheinische Post,
29.03.2012

Unter Schwarz-Gelb ist aus Sicht der Bürgerrechte ständige Wachsamkeit nötig. Die Merkel-Koalition ist ständig in Versuchung, dem Wunsch nach Datenschnüffelei und mehr Überwachung weiter nachzugeben. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die Vorratsdatenspeicherung kassiert hat, gab es mehrere Anläufe von Koalitionshardlinern, sie leicht verändert wieder einzuführen. Dass dies nicht gelungen ist, ist die einzige gute Nachricht der schwarz-gelben Bürgerrechtspolitik, der einzige Erfolg der FDP-Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger. Die vielen Sicherheitsgesetze der letzten Jahre sollten entlang der Grundrechte bewertet werden, doch eine solche Evaluierung wusste das Innenminis-

terium zu verhindern. Die Behörden durften sich darauf beschränken, selbst ihre eigene Effizienz zu überprüfen. Im Handstreich wollte die Koalition den Verkauf von Bürgerdaten der Meldebehörden an private Werbefirmen erleichtern. Mit der Bestandsdatenauskunft verabschiedete Schwarz-Gelb ein verschärftes Schnüffelgesetz. So geht Bürgerrechtsabbau. Fahrlässigen Dilettantismus gab es bei Staatstrojaner und heimlicher Online-Durchsuchung: Da weiß die Bundesregierung nicht, was ihre privat eingekaufte Software alles kann. Kein Schutz vor Google, Facebook und Co.: Die eminent wichtige EU-Datenschutzreform wurde zunächst verschlafen und wird nun vom Innenminister behindert. Trotz vieler Ausspähungsskandale scheiterte die Koalition krachend mit ihrem Versprechen, ein Beschäftigtendatenschutzgesetz zu verabschieden. Die Stiftung Datenschutz, als Leuchtturmprojekt gepriesen, erweist sich als trübe Funzel: Ein unterfinanzierter Apparat mit einseitig wirtschaftsfreundlicher Ausrichtung. Verbraucherschützer und Datenschutzbeauftragte wollen deshalb nicht mitarbeiten.

WER WURDE BEDIENT?

- Datendealer. Überwachungsfetischisten. Internetdienstleister.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Die BürgerInnen müssen zugucken, wie sie Selbstbestimmung über ihre Daten und ihre Privatsphäre an staatliche Stellen abtreten müssen und sich nicht effektiv gegen die Sammelwut internationaler Unternehmen wehren können.

GRÜNER WANDEL GEGEN MERKEL

Wir stellen Sicherheit in den Dienst der Freiheit und nicht umgekehrt. Deshalb stärken wir die Bürgerrechte. Wir wollen:

- Die nach 2001 erlassenen Sicherheitsgesetze wissenschaftlich und unabhängig evaluieren und die Gesetze anhand der Ergebnisse zugunsten eines echten Grundrechtsschutzes ändern.
- Die Verschärfungen durch Schwarz-Gelb zurücknehmen.
- Die Privatsphäre stärken, die Vorratsdatenspeicherung und andere anlasslose Massenspeicherungen dauerhaft verhindern und das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung stärken.
- Ein Beschäftigtendatenschutzgesetz, das wirksam gegen Bespitzelung und Ausspähung vorgeht.
- Die Unabhängigkeit des Bundesbeauftragten für Datenschutz sicherstellen.
- Einen sozialen Rechtsstaat. Deshalb wenden wir uns entschieden dagegen, die Anrufung der Gerichte zu beschneiden und Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe einzuschränken.

AUF DEM RECHTEN AUGE BLIND!

Neonazis sind eine Bedrohung für unsere Demokratie. Mit der Verbreitung ihrer demokratie- und menschenfeindlichen Ideologie, mit ihrem Terror und brutalen Übergriffen auf andere Menschen gefährden sie unsere freiheitliche Gesellschaft. Doch die schwarz-gelbe Merkel-Koalition verharrt beim Kampf gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Untätigkeit. Die Erkenntnisse der NSU-Untersuchungsausschüsse über gravierende strukturelle Mängel bei den Sicherheitsbehörden haben die Bundesregierung nicht zum Handeln bewegen können. Weiterhin kultiviert sie mit der Extremismusklausel ihr Misstrauen gegen Demokratie-Initiativen aus der Zivilgesellschaft. Der Bundesinnenminister schürt populistisch Vorurteile gegen Roma und gießt so Wasser auf die Mühlen der Rechten. Schwarz-Gelb liefert keinerlei Antworten: keine Verbesserung der Förderung zivilgesellschaftlicher Demokratie-Initiativen; kein wirtschafts- und sozialpolitisches Konzept, das gegen Marginalisierung und Radikalisierung wirkt; keine durchgreifenden Reformen bei Polizei und Verfassungsschutz. Stattdessen neue Dateien und Abwehrzentren – Augenwischerei auf Kosten des Datenschutzes und der Bürgerrechte.

WER WURDE BEDIENT?

- Das eigene ideologische Misstrauen gegen die Zivilgesellschaft.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Durch den Umgang mit den NSU-Morden haben viele Menschen das Vertrauen in den Rechtsstaat verloren, insbesondere EinwandererInnen und andere Gruppen, die im Fadenkreuz rechts-extremer Ideologien stehen. Schikaniert werden zahlreiche Menschen, die sich Tag für Tag in zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechtsextremismus engagieren. Verliererin ist die Demokratie.

GRÜNER WANDEL GEGEN RECHTS

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus, Rassismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit hat für uns Priorität. Institutioneller Rassismus muss erkannt und entschieden bekämpft werden. Dazu wollen wir:

- Mehr Vielfalt und Interkulturalität in Behörden, um PolizistInnen, StaatsanwältInnen und RichterInnen mehr Sensibilität zu vermitteln.
- Ein unabhängiges Institut gründen, das demokratie- und menschenfeindliche Bestrebungen anhand offener Quellen und mit wissenschaftlichen Mitteln beobachtet und analysiert.
- Das Bundesamt für Verfassungsschutz auflösen und stattdessen eine Inlandsaufklärung gründen, die auf das Wesentliche reduziert wird, mit neuem Personal und starken Kontrollstrukturen.
- Für zivilgesellschaftliche Demokratie-Initiativen ein Bundesprogramm von 50 Millionen Euro und eine dauerhafte Förderung.
- Mehr zivilgesellschaftliche Aussteigerprogramme.
- Die Extremismusklausel abschaffen.

BUSINESS AS USUAL - SCHWARZ-GELB UND DIE LOBBYISTEN

International fordert Merkel gerne Kampf gegen Korruption. Zuhause blockiert Schwarz-Gelb alles: Die Einführung eines aussagekräftigen Lobbyregisters gilt als „Populismus“. Ein Korruptionsregister, um einschlägig auffällig gewordene Unternehmen aufzulisten, wird blockiert. Im Antikorruptions-Aktionsplan der G 20-Staaten von 2010 hat die Bundesregierung explizit angekündigt, sie werde „bis Ende 2012 Regeln zum Whistleblower-Schutz erlassen und umsetzen“. Passiert ist nichts. Schwarz-Gelb will das UN-Übereinkommen gegen Korruption nicht ratifizieren, weil dafür eine gesetzliche Regelung zur Abgeordnetenbestechung erforderlich wäre. 160 andere Länder haben längst ratifiziert. Open Data hat die Regierung völlig verschlafen. Von den vielen Empfehlungen eines wissenschaftlichen Evaluierungsberichts zum Informationsfreiheitsgesetz wurde keine einzige umgesetzt. Wenig überraschend: Lobbyismus ist für die Kanzlerin der Klientel ganz offensichtlich kein Problem. In ihrem Kanzleramt sitzt seit Ende Mai noch bis zur Wahl der künftige Automobillobbyist Eckart von Klaeden, mit dem Vertrag von Daimler in der Tasche.

WER WURDE BEDIENT?

- Mächtige und gut finanzierte Lobbys freuen sich, dass ihre Tätigkeit weiterhin nicht effizient öffentlich kontrolliert werden kann.

WER WAREN DIE VERLIERER?

- Alle BürgerInnen müssen die Folgen von unkontrolliertem Lobbyismus und schlecht bekämpfter Korruption ausbaden.
- Verlierer sind alle integren Unternehmen, wenn sie bei Ausschreibungen gegenüber zwielichtigen Firmen den Kürzeren ziehen.
- Verlierer sind mutige Beschäftigte, die Missstände aufdecken wollen.

GRÜNER WANDEL GEGEN SCHWARZ-GELB

Wir wollen:

- Ein aussagekräftiges Lobbyregister.
- Abgeordnetenbestechung umfassend strafbar machen.
- Ein bundesweites Korruptionsregistergesetz für faire Konkurrenz und korruptionsfreie Auftragsvergabe.
- Eine Transparenzoffensive, die über alle Politikbereiche hinweg Licht ins Dunkel bringt, mit einem Informationsfreiheitsgesetz 2.0.
- Schutz von HinweisgeberInnen, die Missstände aufdecken („Whistleblower“).
- Eine Karenzzeit von drei Jahren für ausgeschiedene Regierungsmitglieder und Führungspersonal in Ministerien, während der keine Lobbytätigkeit auf dem gleichen Feld ausgeübt werden darf.

SCHWARZ-GELBE NETZPOLITIK: SCHMALSPUR STATT BREITBAND

»Deshalb haben wir uns vorgenommen, 75 Prozent der Haushalte bis zum Jahr 2014 zu ermöglichen, dass sie einen Anschluss für Breitband erhalten, der mindestens eine Übertragungsdichte von 50 Megabit pro Sekunde ermöglicht.«

Angela Merkel, netzwelt.de,
02.03.2009

Angela Merkel hat auch dieses Versprechen nicht erfüllt. Der Breitbandausbau ist keinen Schritt voran gekommen, eine Breitbandversorgung per Universaldienst lehnt Schwarz-Gelb ab. Menschen von Buxtehude bis ins Alpenvorland hängen im Modemzeitalter fest. Ein Armutszeugnis für den Standort Deutschland. Seit Jahren drängen wir die Bundesregierung vergebens, die Netzneutralität gesetzlich zu verankern. Ergebnis: Nun drosselt die Te-

lekom bei hoher Nutzung den NeukundInnen zukünftig die Geschwindigkeit auf Schnecken-tempo. Jetzt müssen die BürgerInnen schmerzlich erfahren, dass das schwarz-gelbe Mantra „freiwillige Selbstverpflichtung“ nicht vor Zwangsdrosselung und Bevorzugung eigener Unternehmensdienste schützt. Die großen Chancen der Digitalisierung für eine transparente Politik und Verwaltung blieben ungenutzt. Statt ernst gemeinter digitaler Partizipation hat sich Merkel auf inszenierte Simulation von Bürgerbeteiligung beschränkt. Bei den drängenden Urheberrechtsreformen hat die Bundesregierung trotz vollmundiger Ankündigungen nicht geliefert, weder für die Kreativen noch für Bildung und Wissenschaft. Auch der weiter ausufernden Abmahnindustrie hat diese Bundesregierung keinen Riegel vorgeschoben.

WEM HAT SCHWARZ-GELB GEHOLFEN?

- Der Datensammelwut großer Unternehmen hat Merkel nichts entgegengestellt. Große Dienstleister sollen frei schalten und walten können.

WEM HAT DAS NICHTS GEHOLFEN?

- Verlierer dieser Klientelpolitik sind alle Menschen, deren Daten im Netz abgezogen werden oder die sich nun mit Zwangsdrosselung konfrontiert sehen.
- Alle Menschen, Unternehmen und Regionen, die mangels schnellen Internetzugangs digital abgehängt sind.

GRÜNER WANDEL STATT LEERER VERSPRECHUNGEN:

Wir verstehen Netzpolitik als integralen Bestandteil einer zukunftsgewandten Politik. Wir wollen:

- Ein freies, sicheres und barrierefreies Internet.
- Für jeden Haushalt eine gesetzlich garantierte Basisversorgung mit einem Breitbandinternetanschluss. Grundlegend dafür ist ein Breitbandausbau über einen Universaldienst.
- Echte Bürgerbeteiligung und Transparenz durch Open Data auch digital stärken und ausbauen.
- Einen echten Interessensausgleich im Urheberrecht, der den Kreativen angemessene Vergütung und den BürgerInnen Zugang zu kulturellen Gütern sichert. Das Abmahnunwesen wollen wir beenden, die Verhandlungsposition von Kreativen im Urhebervertragsrecht stärken.

Herausgeberin:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel.: 030-284 42-0
Fax: 030-284 42-210
E-Mail: info@gruene.de
Internet: gruene.de

V.i.S.d.P.:
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Robert Heinrich
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

